

„Globalisierung mit einem menschlichen Antlitz“

Interview mit Prof. Dr. Klaus Hübner, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission

BWP_ „50 Jahre deutsche Mitgliedschaft in der UNESCO“ – das Jubiläum beging die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) im letzten Jahr in feierlichem Rahmen in Berlin. In Ihrer Eröffnungsrede zu diesem Festakt betonten Sie, Herr Prof. Dr. Hübner, dass die Deutsche UNESCO-Kommission weiterhin ihren öffentlichen Auftrag als Mittlerorganisation der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik erfüllen wird. Worin genau besteht das Mandat der Deutschen UNESCO-Kommission im nationalen und internationalen Rahmen?

Prof. Hübner_ Als einzige Sonderorganisation der Vereinten Nationen hat die UNESCO in ihrer Verfassung die Schaffung von UNESCO-Nationalkommissionen vorgesehen. Wie alle UN-Organisationen ist die UNESCO zwar zu allererst eine zwischenstaatliche Einrichtung, in der das Mitgliedsland durch die jeweilige Regierung vertreten wird. Zugleich war den Gründern der UNESCO von Anbeginn bewusst, dass auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation ein großer Kreis von nicht-staatlichen Fachorganisationen und Instituten sowie Persönlichkeiten einbezogen werden muss, wenn die Organisation glaubwürdig ihre Zielgruppen erreichen will. Aus diesem Grunde ist es den Mitgliedstaaten aufgegeben, nationale UNESCO-Kommissionen einzurichten, in denen Regierung und nichtstaatliche Partner zusammenarbeiten. Die Deutsche UNESCO-Kommission setzt sich aus 100 Mitgliedern zusammen, von denen etwa die Hälfte verschiedene Organisationen und Einrichtungen aus Bildung, Wissenschaft und Kultur vertreten, während die andere Hälfte sich aus gewählten Persönlichkeiten und Vertretern des Bundes und der Länder zusammensetzt.



KLAUS HÜFNER
Prof. Dr., Präsident der Deutschen
UNESCO-Kommission

Die Bundesregierung und die weiteren zuständigen staatlichen Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Mitgliedschaft Deutschlands in der UNESCO ergeben, ist der oberste Satzungsauftrag der Kommission. Zu diesem Zweck unterhält sie eine Reihe von Fachausschüssen und Arbeitsgruppen sowie ein ständiges Sekretariat in Bonn. Die Beratung bezieht sich nicht nur auf die Generalkonferenz oder den Exekutivrat der UNESCO, sondern ebenso auf die zahlreichen Fachgremien und Mechanismen, die im Rahmen der verschiedenen UNESCO-Programme geschaffen wurden. Die Kommission nimmt damit eine wichtige Bindeglied-Funktion zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen national und international wahr.

Der Beratungsauftrag ist eng verbunden mit der aktiven Mitarbeit deutscher Experten und Institutionen am UNESCO-Programm, insbesondere dann, wenn es sich um Aktivitäten handelt, die in Deutschland stattfinden. Die Deutsche UNESCO-Kommission organisiert – meist gemeinsam mit Partnern – eine große Anzahl von Konferenzen und Seminaren. In manchen Programmbereichen hat sich die internationale Zusammenarbeit in Netzwerken verstetigt. Die bekanntesten sind das Netz der deutschen Welterbestätten oder das Netz der deutschen UNESCO-Projektschulen. Zu nennen sind auch das Netz der UNESCO-Lehrstühle und das UNEVOC-Netzwerk, in dem nationale Institute der beruflichen Bildung wie das BIBB weltweit zusammenarbeiten.*

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld der Deutschen UNESCO-Kommission. Bedenken Sie, dass Deutsch nicht zu den Arbeitssprachen der UNESCO gehört und daher viel Übersetzungsarbeit zu leisten ist. Dazu geben wir eine Reihe von Pressediensten und Broschüren heraus und sind seit einiger Zeit auch im Web vertreten (www.unesco.de). Kürzlich haben wir auch einen Online-Informationdienst geschaffen. Angesichts allgemein knapper werdender Haushaltsmittel sind wir mehr und mehr darauf angewiesen, unsere Aufgaben durch Drittmittel oder durch Sponsoren zu finanzieren. Die Spendenaktion „Bildung für Kinder in Not“ der UNESCO-Son-

derbotschafterin Ute-Henriette Ohoven ist dafür das bekannteste Beispiel.

BWP_ Nicht nur Bewährtes fortzusetzen, sondern auch Neues anzustreben, das ist das Arbeitsprogramm der kommenden Jahre. Die Deutsche UNESCO-Kommission hat im Jahr 2000 vier Fachausschüsse für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation neu berufen. Sie sollen insbesondere Vorschläge zur deutschen Mitarbeit an der Umsetzung des aktuellen Zweijahresprogramms der UNESCO erarbeiten, darüber hinaus aber auch Impulse für längerfristige Strategien der UNESCO geben. Was sind die Kernthemen dieser Fachausschüsse und wie ist ihre Arbeitsweise?

Prof. Hüfner_ Die UNESCO durchläuft gegenwärtig einen dramatischen Reformprozess, der sowohl die Programm- als auch die Organisationsstruktur der UNESCO betrifft. Bei der letzten Generalkonferenz im Herbst vergangenen Jahres ist ein neues Programm verabschiedet worden, das sich auf wenige Prioritäten beschränkt und etliche lieb gewordene Programmsparten auslaufen lässt, teils aus finanziellen Gründen, teils weil die Aufgaben inzwischen von anderen Trägern wahrgenommen werden. Im Bildungsbereich ist nach dem Weltbildungsforum in Dakar das Programm „Bildung für alle“ zur Hauptpriorität bestimmt worden inklusive der Berufsbildung, die in Bonn mit der Gründung eines neuen Internationalen Zentrums für Berufsbildung eine neue Basis erhalten hat. Hauptziel dieser neuen Einrichtung ist es, den Informations- und Erfahrungsaustausch im Rahmen des weltweiten UNEVOC-Netzwerks zu organisieren und damit einen gegenseitigen Lernprozess zu initiieren sowie Berufsbildungsinstituten in Entwicklungsländern technische Hilfe zu geben.

Im Wissenschaftsbereich ist das Hydrologische Programm der UNESCO verstärkt worden, das sich um die Erforschung der Süßwasservorräte auf der Welt kümmert. Im sozialwissenschaftlichen Programm liegt das Schwergewicht auf der Bio- und Wissenschaftsethik und der Menschenrechtsthematik. In der Kultur soll das Konzept des kulturellen Erbes auch auf das immaterielle Erbe ausgedehnt werden – ein äußerst schwieriges Unterfangen. In der Kommunikation bereitet die UNESCO einen umfassenden Beitrag zum Weltinformationsgipfel 2003 vor, an dem sich auch die Deutsche UNESCO-Kommission mit einer europäischen Konferenz in Mainz Ende Juni 2002 beteiligt. Natürlich schlägt die programmatische und strukturelle Erneuerung der UNESCO auch auf die Deutsche UNESCO-Kommission durch. Wir werden nicht nur die Mitgliedschaft in der Kommission und in den Fachausschüssen zu überprüfen haben, sondern müssen auch verstärkt neue Partnerschaften eingehen. Dabei ist auch der private Sektor angesprochen, mit dem bereits einige viel versprechende Projekte vereinbart wurden.

BWP_ Unter den Bedingungen von Globalisierung und Europäisierung kommen auch neue Anforderungen auf die UNESCO zu. Gefordert wird von prominenter Seite, der UNESCO als globaler Lerngemeinschaft mehr öffentlichen Raum zu verschaffen. Was ist der Beitrag der Deutschen UNESCO-Kommission zur Friedens-, Demokratie- und Menschenrechtserziehung?

Prof. Hüfner_ Wir in der Deutschen UNESCO-Kommission sind froh, dass die inhaltliche Debatte zur Globalisierung jetzt endlich in Gang kommt. Wir fordern eine Globalisierung, bei der allen Menschen auf dieser Welt, einschließlich ihrer Umwelt, eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht wird. In der Sprache der UNESCO heißt es: „Globalisierung mit einem menschlichen Antlitz“. Es darf keine Gewinner und Verlierer geben, keine Menschen erster und zweiter Klasse, keine weitere Marginalisierung der Mehr-

Die UNESCO durchläuft einen dramatischen Reformprozess, der sowohl die Programm- als auch die Organisationsstruktur der UNESCO betrifft

zahl der Entwicklungsländer. In dieser Hinsicht ist insbesondere in den Industrieländern, einschließlich Deutschland, noch ein langer und intensiver Lernprozess vonnöten, der Konflikte einer friedlichen Lösung zuführt und nicht allein auf die Durchsetzung von Eigeninteressen pocht. Unter dem Stichwort Friedens-, Demokratie- und Menschenrechtserziehung sprechen Sie ein wichtiges Aktionsfeld der UNESCO an. Diese Aufgabe verlangt einen langen Atem. Nehmen Sie zum Beispiel im Bildungsbereich das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung oder die UNESCO-Projekt-Schulen. Fast überall müssen wir heute gegen Haushaltskürzungen kämpfen. Man fragt sich, ob die gegenwärtige Sparpolitik nicht zu Versäumnissen führt, die langfristig viel höhere Sozialkosten verursachen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur beruflichen Bildung. In der Perspektive des lebenslangen Lernens kommt diesem Bereich immer größere Bedeutung zu. Wir dürfen die berufliche Bildung aber nicht vom allgemeinen Bildungswesen abkoppeln. Der Erwerb spezifischer beruflicher Qualifikationen muss aufs Engste mit der Vermittlung allgemeiner Kenntnisse und Verhaltensweisen verbunden sein. Das gilt übrigens auch für den Hochschulbereich. Hier liegen neue Aufgaben vor, mit denen sich vor allem auch das Hamburger UNESCO-Institut für Pädagogik beschäftigen wird.

BWP_ Durch international vergleichende Studien im Bereich von Bildung und Hochschulbildung hat die OECD in den letzten Jahren auf sich aufmerksam gemacht. Auch die UNESCO hat sich seit vielen Jahren im Bereich der Bildung und neuerdings auch im Bereich der Berufsbildung engagiert. Was sind die wichtigsten Projekte der letzten Jahre und welchen Einfluss haben sie auf die bildungspolitische Diskussion und Reformprozesse in Deutschland?

Prof. Hüfner_ Der wichtigste Bildungsbericht der UNESCO der letzten Jahre ist mit Sicherheit der Delors-Bericht (deutsche Ausgabe: Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum, Luchterhand 1997), der erst allmählich in die allgemeine Bildungsdiskussion Eingang findet. Im Gegensatz zu den OECD-Berichten stellt dieser Bericht einige fundamentale Fragen an die Bildungsfachwelt, auf die noch keine befriedigenden Antworten gegeben worden sind. Wie lernen wir, miteinander zu leben und umzugehen? Welches sind die Schlüsselqualifikationen, die junge Menschen in einer globalisierten Gesellschaft benötigen? Was verstehen wir unter Bildungsqualität? Anders als die OECD, die sich auf den Kreis der Industrieländer beschränkt, muss die UNESCO immer die gesamte Welt im Auge behalten. Bildungsgleiche lassen sich hier nur in einem begrenzten Maße

durchführen. Wichtiger ist der Dialog und der Erfahrungsaustausch, wenn es um die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf Bildung geht. Dafür müssen andere Kennziffern vergleichend erhoben werden.

Die UNESCO hat daher im letzten Jahrzehnt eine Reihe von bildungspolitischen Weltkonferenzen organisiert, die auf ihre Weise den Diskussionsstand in einem bestimmten Sachgebiet widerspiegeln. Im Bereich der Berufsbildung hat beispielsweise der Internationale Kongress von Seoul (1999) die Weichen für etliche Initiativen, darunter die Gründung des neuen Bonner Berufsbildungszentrums, gestellt und Partnerschaften zwischen Nord und Süd begründet. Jetzt geht es darum, die politische Aufmerksamkeit zu nutzen, um die Bewegung in sinnvolle Kooperationsprojekte zu lenken und deren Ergebnisse allen Mitgliedstaaten der UNESCO zugänglich zu machen. Und damit bin ich wieder bei der Notwendigkeit, Fachkontakte herzustellen, zu bündeln und zielgerichtet wirksam werden zu lassen. Das ist es, womit die UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission sich in ihrer täglichen Arbeit beschäftigen. ■

** Im Heft 5/2002 der BWP lesen Sie ein Interview mit Mr. Maclean, dem Direktor der UNESCO-UNEVOC International Centre Bonn.*

Maria Weber verstorben

Am 25. Juni 2002 verstarb im Alter von 82 Jahren Maria Weber, von 1956 bis 1982 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschafts-Bundes, davon die letzten zehn Jahre als stellvertretende Vorsitzende.

Maria Weber war seit 1945 Mitglied der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, für die sie sich schon früh auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene betätigte. 1947/48 besuchte sie die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main. Sie gehörte den Sozialausschüssen der CDU seit 1947, von 1973 an als Vorstandsmitglied, und der CDU, die sie im DGB-Bundesvorstand repräsentierte, seit 1969 an. Ihre hauptamtliche Tätigkeit beim DGB begann sie im Jahre 1950 als Sachbearbeiterin der Abteilung Frauen. 1956 wurde ihr die Leitung dieser Abteilung übertragen. Später kam die Leitung der Abteilung Berufliche Bildung hinzu.

Maria Weber engagierte sich schon früh in der katholischen Arbeiterjugend. Ihre sich vor dem Hintergrund der katholischen Soziallehre vollziehende berufliche Entwicklung zur Bildungspolitikerin war deshalb durchaus folgerichtig. Chancengleichheit in der Bildung und die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung standen neben der Gleichberechtigung der Frauen im Mittelpunkt ihrer gewerkschaftspolitischen Arbeit.

Nach dem Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes im Jahre 1969, um das die Gewerkschaften fünfzig Jahre lang seit 1919 gekämpft hatten und das ihnen als wichtige Errungenschaft Mitbestimmung auf allen Ebenen brachte, wurde Maria Weber in das damalige, paritätisch von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeauftragten besetzte Beratungsorgan der Bundesregierung berufen, den Bundesausschuss für Berufsbildung, dessen Mitglieder sie zur alternierenden Vorsitzenden wählten. Auch in diesem Gremium verfolgte sie ihre bildungspolitischen Ziele weiter, zu denen nun u. a. auch die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes mit der Absicht gehörte, die staatlichen Kompetenzen in der Berufsausbildung auszudehnen, die gewerkschaftliche Mitbestimmung weiter auszuweiten sowie einen umlagefinanzierten Berufsausbildungsfonds einzuführen. Ein erster Erfolg – das Ausbildungsplatzförderungsgesetz – war nicht von langer Dauer, sondern endete mit der Aufhebung durch das Bundesverfassungsgericht. Auch das danach erlassene Berufsbildungsförderungsgesetz entsprach nicht allen gewerkschaftlichen Vorstellungen. Dennoch wurde Maria Weber 1976 auch Mitglied im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung, dem jetzt Beauftragte der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Länder und des Bundes angehörten und der nunmehr die Bundesregierung in wichtigen Fragen der beruflichen Bildung zu beraten hatte. Sie wurde wiederum zur alternierenden Vorsitzenden gewählt und übte dieses Amt bis zum Eintritt in den Ruhestand 1983 aus.

Maria Weber wurde in Gelsenkirchen geboren und stammte aus einer Bergarbeiterfamilie. Diese Herkunft hat sie nie verleugnet, was ihr wegen ihres typisch westfälischen Idioms auch kaum gelungen wäre. Sie nutzte ihn, um ihre Anliegen durchzusetzen. Trotz der darin liegenden Verbindlichkeit blieb sie in der einmal von ihr für richtig gehaltenen Sache hart, allerdings ohne zu verletzen. Ihr Humor, mit dem sie Appelle an die gemeinsamen Ziele vorzutragen pflegte, machte es ihren Gegnern nicht leicht, in Auseinandersetzungen zu bestehen. Sie hatte das Herz auf dem rechten Fleck und trug es auch schon mal auf der Zunge.

Der Deutsche Gewerkschafts-Bund bezeichnete Maria Weber in seinem Nachruf als „vorbildliche Repräsentantin der Einheitsgewerkschaft“, zu deren Stärke und Stabilität sie entscheidend beigetragen habe, und als „Symbol für Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit“. Wer sie in ihrer aktiven Zeit erlebt hat, kann diese Einschätzung nur bestätigen und versteht, dass die Deutsche Gewerkschaftsbewegung ihr außerordentlich viel zu verdanken hat.

Rolf Raddatz, Bonn